

Studien aus dem Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Sozialrecht

Band 42

Claudia Matthäus

Schadensminderungspflichten im Haftpflicht- und Sozialrecht Deutschlands, Österreichs und der Schweiz



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2007

ISBN 978-3-8329-3722-5

1. Auflage 2008

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Bereits vor dem Beginn des rechtswissenschaftlichen Studiums an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München und auch während dieser Zeit habe ich mich (neben-)beruflich mit sozialrechtlichen Fragen beschäftigt. Aus vielen realen Einzelfällen entstand die Idee zu dieser Arbeit. Sie ist von 2003 bis 2006 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht entstanden und wurde 2007 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität als Dissertation angenommen.

An dieser Stelle möchte ich dem Direktor des Max-Planck-Instituts, Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker ganz besonders für die Aufnahme in das Doktorandenkolleg „Staatliche Verantwortung für die soziale Sicherung im Wandel“, für seine Unterstützung beim Entstehen der Arbeit und die dabei gewährte Freiheit danken. Mein Dank gilt ebenso Herrn Prof. Dr. Hans F. Zacher, der mich während meiner Zeit als studentische Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht an die wissenschaftliche Befassung mit dem Sozialrecht herangeführt hat.

Viele Menschen begleiteten und unterstützten das Entstehen dieser Arbeit im Kleinen und im Großen. Die Mitglieder des Doktorandenkollegs und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Max-Planck-Institut haben in zahlreichen Diskussionen und hilfreichen Anmerkungen zum Entstehen beigetragen. Ganz besonders verbunden bin ich Herrn Dr. Friso Ross und Herrn Dr. Matthias Knecht, die über die Jahre mit einem stets offenen Ohr und offenen Herzen eine große Hilfe waren. Familie und Freunde sorgten für den unabdingbaren Rückhalt und Ausgleich, was im Einzelnen aufzuführen den Umfang dieses Vorworts sprengen würde. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken.

Claudia Matthäus

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	29
I. Einführung	29
1. Aktuelle Situation im deutschen Sozialrecht	29
2. Einfluss des Berechtigten auf den Leistungsfall	30
3. Die Weitung des Blickes	31
4. Ziele	33
II. Das Vorgehen in der Untersuchung	33
1. Die rechtsvergleichende Methode	33
a) Rechtsvergleichung im Zivilrecht und Sozialrecht	33
b) Methode der Rechtsvergleichung in der nachfolgenden Untersuchung	35
2. Zur Länderauswahl	36
3. Folgerungen für die Untersuchung	37
 1. Kapitel: Grundlegung	 38
I. Schadensausgleichssysteme	38
1. Überblick über die Schadensausgleichssysteme	38
2. Wichtige Stationen der Entwicklung der Schadensausgleichssysteme	39
3. Bedeutung der privaten Personenversicherung für die sozialen Sicherungssysteme	40
4. Schadensausgleich als Verantwortungssystem	41
a) Konzept der Verantwortung	41
b) Verantwortung als Grundlage fremder Schadenszuständigkeit	42
c) Bedeutung und Voraussetzungen von Eigenverantwortung	43
II. Schäden infolge gesundheitlicher Beeinträchtigungen	44
1. Krankheit und Gesundheit	44
2. Einbußen aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen	45
3. Schaden	46
III. Schadensausgleich im Haftpflicht- und Sozialrecht	47
1. Schadenszuständigkeit und Leistungsumfang im Haftpflichtrecht	47
a) Der Begriff des Haftpflichtrechts	47
b) Zwecke des Haftpflichtrechts	48
c) Haftungsgründe	49
aa) Verschuldenshaftung	49
bb) Gefährdungs- und Kausalhaftung	51
d) Haftungsvoraussetzungen	51

aa) Kausalzusammenhang	52
bb) Bestehen eines Schadens	54
cc) Widerrechtlichkeit	55
e) Schadensersatz bei Körperverletzung	56
2. Schadenszuständigkeit und Leistungsumfang im Sozialrecht	58
a) Krankenversicherungen	60
b) Unfallversicherungen	62
c) Die Absicherung des allgemeinen Invaliditätsrisikos	64
d) Sicherung bei Pflegebedürftigkeit	66
aa) Deutschland: primäre Absicherung durch Sozialversicherung	67
bb) Österreich: Absicherung durch steuerfinanziertes System	67
cc) Schweiz: Absicherung innerhalb der bestehenden Systeme	68
e) Sicherung der Militärangehörigen	69
f) Sicherung der Verbrechenopfer	70
g) Soziale Hilfe	71
aa) Sozialhilfe	71
bb) Besondere soziale Hilfeleistungen	72
IV. Pflicht zur Schadensminderung	73
1. Begriffliche Ungenauigkeit	73
2. Ziele der Schadensminderung	74
a) Schadensminderung aus der Sicht des Leistungspflichtigen	75
b) Schadensminderung aus der Sicht des Leistungsberechtigten	76
3. Möglichkeiten der Schadensminderung	77
a) Verweisung auf andere Leistungsansprüche	77
b) Behebung der Schadensursache	77
c) Behebung des Schadens	77
d) Geringhaltung des Schadens	78
4. Dimensionen der Schadensminderung	78
a) Die zeitliche Dimension	78
aa) Abgrenzung zur Prävention	78
bb) Der Einfluss des Ersatzzwecks	79
b) Die finanzielle Dimension	79
aa) Kostenträger	80
bb) Kosten-Nutzen-Verhältnis	80
c) Die rechtstechnische Dimension	81
5. Faktoren der Schadensminderung	81
a) Selbstbestimmungsrecht	81
b) Mehrere (potentielle) Leistungspflichtige	82
aa) Begünstigter der Schadensminderungspflicht	83
bb) Folgen der Verletzung der Schadensminderungspflicht	83
V. Pflicht zur Schadensminderung als Ausdruck von Eigenverantwortung im Schadensausgleich?	84
1. Eigenverantwortung für die Bewältigung von Krankheit	84
a) Krankheitsverhalten und Krankheitsbewältigung	84
b) Eigenverantwortung für die Bewältigung von Krankheit	86

2. Mögliche Schwierigkeiten hinsichtlich einer Pflicht zur Schadensminderung	88
a) Verantwortungskonkurrenz	88
b) Voraussetzungen von Eigenverantwortung bei Krankheit	88
VI. Gang der Untersuchung	89
1. Untersuchungsgegenstand für den Rechtsvergleich	89
2. Aufbau der Untersuchung	89
 2. Kapitel: Schadensminderungspflicht im deutschen Haftpflichtrecht	 91
I. Grundlagen der Schadensminderungspflicht	91
1. Abgrenzung der einzelnen Tatbestände	92
2. Rechtscharakter	93
3. Grund für die Berücksichtigung von Mitverschulden	94
II. Voraussetzungen der Schadensminderungspflicht	96
1. Einfluss des verlangten Verhaltens auf den Schaden	96
2. Zumutbarkeit des verlangten Verhaltens	97
a) Allgemeines zur Zumutbarkeit	97
b) Zumutbarkeit einer medizinischen Behandlung	99
aa) Duldung einer Operation	100
bb) Duldung sonstiger Heilbehandlung	102
cc) Berücksichtigung von Glaubens- und Gewissensentscheidungen	102
dd) Verhältnis von Erfolgsaussicht und Zumutbarkeit	103
c) Zumutbarkeit der Verwertung der verbliebenen Erwerbsfähigkeit	103
aa) Zumutbare Ersatztätigkeit	103
bb) Umschulung	104
cc) Auswärtige Tätigkeit und Wohnortwechsel	105
dd) Umfang der eigenen Bemühungen und Auskunftsobliegenheit gegenüber dem Schädiger	106
d) Einsatz eigener finanzieller Mittel durch den Geschädigten	107
III. Verletzung der Schadensminderungspflicht	107
1. Verschulden	107
a) Verschulden im üblichen Sinn und das Problem des Verschuldens in § 254 BGB	107
b) Rechtswidrigkeit der Mitverursachung	108
aa) Rechtspflicht gegenüber sich selbst	108
bb) Rechtspflicht gegenüber der Allgemeinheit	108
cc) Rechtspflicht gegenüber dem Schädiger	109
c) „Verschulden gegen sich selbst“	110
d) Obliegenheitswidrigkeit als Analogon zur Rechtswidrigkeit	111
e) Gemeinsamkeiten der dargestellten Ansichten und Stellungnahme	112
f) Verschuldensfähigkeit	113
g) Der Grad des Verschuldens	113
h) Verschulden bei Unterlassen der Schadensminderung	115

2. Kürzung des Schadensersatzanspruchs	116
a) Die Vorgabe aus § 254 BGB	116
b) Kürzung nach einer Verletzung der Schadensminderungspflicht bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen	118
3. Kapitel: Schadensminderungspflicht im Haftpflichtrecht Österreichs	119
I. Grundlagen der Schadensminderungspflicht im ABGB	119
1. Die Grundsätze des Mitverschuldens	120
a) Kausalität und Zurechnung	120
b) Verschulden	121
c) Rechtsfolgen des Mitverschuldens	122
2. Übertragung der Grundsätze des Mitverschuldens nach § 1304 ABGB auf die Schadensminderung	123
3. Einwände gegen die Existenz einer allgemeinen „Schadensminderungspflicht“	123
II. Voraussetzungen der Schadensminderungspflicht	124
1. Kausalität	124
2. Zumutbarkeit des verlangten Verhaltens	125
a) Kriterien für die Interessensabwägung	125
aa) Objektive und subjektive Zumutbarkeit	125
bb) Der Einfluss des Verschuldens	126
cc) Die Bedeutung von Grundrechten	126
b) Ablehnung gebotener medizinischer Behandlung und Nichtvornahme einer Operation	127
aa) Allgemeines zur Zumutbarkeit einer Operation	127
bb) Berücksichtigung der körperlichen und geistig-seelischen Verfassung des Geschädigten	128
cc) Berücksichtigung von Gewissensentscheidungen	130
dd) Berücksichtigung von finanziellen Überlegungen	131
ee) Zusammenfassung	132
c) Nutzung der verbliebenen Erwerbsfähigkeit	132
aa) Zumutbarkeit einer Ersatztätigkeit	133
bb) Zumutbarkeit einer Umschulung	134
cc) Zusammenfassung	135
III. Verletzung der Schadensminderungspflicht	135
1. Verschulden	135
2. Rechtsfolgen der unterlassenen Schadensminderung	136
4. Kapitel: Schadensminderungspflicht im Haftpflichtrecht der Schweiz	137
I. Die Grundlagen der Schadensminderungspflicht	137
1. Art. 44 Abs. 1 OR – Reduzierung des Ersatzanspruchs	138

a) Umstände, für die der Geschädigte einzustehen hat	138
aa) Adäquat kausale Umstände	139
bb) Verschulden	140
b) Rechtsfolge	142
2. Schadensminderung als Problem der Kausalität	143
3. Schadensminderung als Problem der Schadensberechnung	145
4. Die Schadensminderung in der Rechtsprechung	147
a) Grundlagen der Schadensminderung und Bestimmung des Ersatzanspruchs	147
aa) Schadensminderung als Selbstverschulden	147
bb) Reduzierung des Schadensersatzanspruchs	148
b) Verschulden des Geschädigten	149
5. Zusammenfassung	150
a) Zuordnung der Schadensminderung	150
b) Der Einfluss des Grundsatzes von Treu und Glauben	151
II. Voraussetzungen der Schadensminderungspflicht	151
1. Zumutbarkeit als Gebot von Treu und Glauben	152
2. Zumutbarkeitserwägungen in einem gestuften Vorgehen	153
3. Zumutbarkeit einer Behandlung zur Heilung oder Besserung der Verletzungsfolgen	154
4. Zumutbarkeit eines Berufswechsels	156
5. Kapitel: Auswertung der Länderberichte	159
I. Grundlagen der Schadensminderungspflicht	159
II. Obliegenheit zur Schadensminderung als Problem der Kausalität	160
1. Haftungsausfüllende Kausalität als Bedingung des Schadensersatzanspruchs	160
a) Besondere Schadensanfälligkeit des Verletzten	161
b) Setzung neuer Schadensursachen durch einen Dritten	161
2. Einordnung der Schadensminderungsobligiegenheit	162
III. Schadensminderung als Problem der Schadensberechnung	163
1. Schadensberechnung nach den §§ 249 ff. BGB	164
2. Ersatz fiktiver Heilbehandlungskosten	166
IV. Die Zumutbarkeit der Schadensminderung	166
1. Objektive Kriterien der Zumutbarkeit	168
a) In den untersuchten Rechtsordnungen anerkannte Kriterien	168
aa) Obliegenheit zur Heilbehandlung	168
bb) Obliegenheit zum Berufswechsel und zur Umschulung	169
b) Kosten der Schadensminderung	169
c) Verschulden und Haftungsgrund des Schädigers	171
2. Subjektive Kriterien der Zumutbarkeit	172
a) Persönliche Lage des Geschädigten	172
b) Glaubens- und Gewissensfreiheit	173

aa) Herausforderung der Glaubens- und Gewissensentscheidung	173
bb) Vergleich mit der Berücksichtigung der Schadensanfälligkeit des Geschädigten	174
cc) Fazit	175
c) Fehlende finanzielle Mittel	175
V. Die Bedeutung des Verschuldens	175
1. Der Bezugspunkt des Verschuldens des Geschädigten	175
2. Die subjektive Seite des Verschuldens	176
3. Vorsatz und Fahrlässigkeit	177
VI. Die Rechtsfolgen einer Verletzung der Obliegenheit zur Schadensminderung	178
1. Gesetzliche Vorgaben und Praxis	178
2. Maßstab der Schadensteilung	179
3. Schadensteilung unter Berücksichtigung fiktiver Herstellungskosten	180
6. Kapitel: Schadensminderungspflicht im deutschen Sozialrecht	181
I. Übergreifende Regelungen - Mitwirkungspflichten nach den §§ 63, 64 SGB I	181
1. Mitwirkungspflicht nach § 63 SGB I	182
a) Sozialleistungen wegen Krankheit und Behinderung	182
b) Heilbehandlung	183
c) Prognose	184
aa) Gesundheitszustand und berufliche Auswirkungen	184
bb) Subjektive Beurteilung der Gesundheitsverbesserung	185
cc) Gesundheitszustand und leistungsrechtliche Auswirkungen	186
dd) Zusammenfassung	186
d) Grenzen der Mitwirkungspflicht	186
aa) Gefahr eines Schadens für Leben oder Gesundheit, § 65 Abs. 2 Nr. 1 SGB I	187
bb) Erhebliche Schmerzen	189
cc) Erheblicher Eingriff in die körperliche Unversehrtheit	190
dd) Verhältnismäßigkeit	191
ee) Wichtiger Grund – Zumutbarkeit	193
e) Umfang der Pflichten des Leistungsberechtigten	194
f) Zusammenfassung	194
2. Mitwirkungspflicht nach § 64 SGB I	195
a) Sozialleistungen wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit	195
b) Prognose	195
c) Grenzen der Mitwirkungspflicht	196
d) Umfang der Mitwirkung	196
e) Zusammenfassung	197
3. Folgen einer Verletzung der §§ 63, 64 SGB I	197
a) Kausalität	197

b) Verschulden	199
c) Versagen oder Entziehen der Leistung	200
d) Verfahren	200
aa) Aufforderung und Hinweis auf die Folgen der Unterlassung	201
bb) Ermessensausübung	202
cc) Ende der Leistungsverweigerung	203
4. Zusammenfassung	205
II. Übergreifende Regelungen - Vorrang von Leistungen zur Teilhabe nach § 8 SGB IX	205
III. Übergreifende Regelungen - stufenweise Wiedereingliederung bei Arbeitsunfähigkeit	206
1. Stufenweise Wiedereingliederung in der Krankenversicherung nach § 74 SGB V	206
2. Bedeutung für die Rehabilitationsträger	207
3. Verpflichtung zur stufenweisen Wiedereingliederung	207
a) Verpflichtung des Arbeitgebers	208
b) Verpflichtung des Behinderten	209
aa) Auswirkungen einer Verweigerung im Rahmen der medizinischen Rehabilitation	209
bb) Auswirkungen einer Verweigerung bei Bezug von Krankengeld	210
IV. Schadensminderung in der Krankenversicherung	211
1. § 51 SGB V – Aufforderung zum Antrag auf Leistungen zur Teilhabe oder zum Antrag auf Altersrente	211
a) Zweck der Regelung	212
aa) Wirkung des Antrages	212
bb) Zweck von § 51 SGB V	212
b) Voraussetzungen der Aufforderung	213
aa) Anspruch auf Krankengeld	213
bb) Erhebliche Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit	213
cc) Ärztliches Gutachten	214
c) Verfahren	214
aa) Ermessensentscheidung	214
bb) Antragstellung	215
cc) Folgen unterlassener Antragstellung	215
dd) Einschränkung der Dispositionsbefugnis des Versicherten bei Antragstellung nach Aufforderung	216
d) Auswirkung der Verletzung von Mitwirkungspflichten nach §§ 60 - 62 SGB I	216
e) Leistungen zur Teilhabe ohne erhebliche Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit	217
2. Schadensminderung bei Inanspruchnahme von Sachleistungen der Krankenversicherung	217
V. Schadensminderung bei den Erwerbsminderungsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung	218

1. Prognose über die Dauer der verminderten Erwerbsfähigkeit	218
2. Die Arbeitsmarktrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung	220
a) Berücksichtigung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes und von § 81 Abs. 5 SGB IX	220
b) Berücksichtigung von § 81 Abs. 4 SGB IX	221
c) Die Aufgabe einer zumutbaren Teilzeitbeschäftigung	222
d) Nachweis der Bemühungen um einen zumutbaren Arbeitsplatz	223
aa) Mitwirkung gemäß § 64 SGB I	224
bb) Abkehr von der Fiktion des verschlossenen Arbeitsmarktes	225
e) Zusammenfassung	225
VI. Schadensminderung bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in der Unfallversicherung	226
1. Prognose über die Dauer der verminderten Erwerbsfähigkeit	226
2. Verweigerung notwendiger Heilbehandlung als Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	226
a) Die Kausalität zwischen der schädigenden Einwirkung und der gesundheitlichen Beeinträchtigung	226
b) Die Rechtsprechung des BSG zu den Unfallhinterbliebenenrenten	227
aa) Entscheidung des BSG vom 29.02.1968	227
bb) Die Entscheidung vom 09.12.2003	228
cc) Grundlinien beider Entscheidungen	229
c) Übertragung der Rechtsprechung auf die Verletztenrenten	230
aa) Verhältnis zu §§ 63, 66 Abs. 2 SGB I	230
bb) Vorgaben aus § 65 SGB I	231
VII. Schadensminderung in der Pflegeversicherung, § 6 Abs. 2 SGB XI	231
1. Rehabilitation und aktivierende Pflege	231
a) Rehabilitation	231
b) Aktivierende Pflege	232
c) Die Wirkungen von § 6 SGB IX	232
2. Pflegebedürftigkeit auf Dauer bei Besserungschance	234
3. Verwendung von Hilfsmitteln	235
a) Hilfsmittel und die Bestimmung der Pflegebedürftigkeit	235
b) Beschaffung oder Benutzung von Hilfsmitteln	236
VIII. Schadensminderung im Entschädigungsrecht	236
1. Prognose über die Dauer der Minderung der Erwerbsfähigkeit	237
2. Vorrang der Rehabilitation, § 29 BVG	237
a) Erfolgversprechende Rehabilitationsmaßnahmen	238
b) Zumutbarkeit	238
c) Wirkung und Zweck des § 29 BVG	239
IX. Schadensminderung nach dem Opferentschädigungsgesetz	239
1. Zuordnung der Versagungsgründe des § 2 Abs. 1 S. 1 OEG	240
2. Unterlassene Schadensminderung als Fall des § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 OEG	240
3. Unterlassene Schadensminderung als Fall des § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 OEG	241

X.	Schadensminderung bei Sozialhilfeleistungen	242
1.	Der Einsatz der Arbeitskraft	243
a)	Grenzen der Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft	243
b)	Umfang der Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft	244
c)	Folgen der Arbeitsverweigerung	244
2.	Versagung oder Entziehung anderer Sozialleistungen	245
a)	Versagung des Pflegegeldes nach § 37 Abs. 6 SGB XII	245
b)	Absichtliches Herbeiführen der Sozialhilfebedürftigkeit	246
c)	Vorrang der Selbsthilfe	246
XI.	Besonderheiten bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	247
XII.	Zusammenfassung	248
7. Kapitel:	Schadensminderungspflicht im österreichischen Sozialrecht	249
I.	Übergreifende Regelungen	249
II.	Schadensminderung in der Krankenversicherung	249
1.	Mitwirkung durch den Arbeitsunfähigen	249
a)	Ladung zum Kontrollarzt bei Arbeitsunfähigkeit	250
b)	Einhaltung der ärztlichen Anordnungen und der Krankenordnung	250
c)	Anstaltspflege	251
2.	Ruhen des Krankengeldes	252
3.	Verfahren	252
a)	Ladung zum Kontrollarzt	252
b)	Nichtbefolgen ärztlicher Anweisungen und genesungsschädliches Verhalten	253
III.	Schadensminderung in der Pensionsversicherung	253
1.	Ableitung von Duldungs- und Mitwirkungspflichten aus § 1304 ABGB	253
a)	Die Entwicklung in Literatur und Rechtsprechung	254
aa)	Erste Überlegungen	254
bb)	Die Weichenstellungen der Rechtsprechung	255
cc)	Die Aufnahme in der Literatur	258
b)	Die Zumutbarkeit im Sozialversicherungsrecht	260
aa)	Zumutbarkeitskriterien für das Bestehen einer Duldungs- und Mitwirkungspflicht	260
bb)	Zumutbarkeitskriterien gegen eine Verletzung der Duldungs- und Mitwirkungspflicht	262
c)	Die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung	263
aa)	Nichterfüllung der Anspruchsvoraussetzungen	263
bb)	Die Befristung der Pension	264
cc)	Versagen der Leistung	265
dd)	Die Dauer der Leistungsverweigerung	266
d)	Das einzuhaltende Verfahren	267
aa)	Entstehen der Duldungs- und Mitwirkungspflichten	267

bb) Die angemessene Überlegungszeit	268
2. Rehabilitationsleistungen und Schadensminderung	269
a) Grundsatz: Rehabilitation vor Pension	269
b) Die Rechtsfolgen einer erfolgreichen Rehabilitation	270
c) Die Rechtsfolgen der Vereitelung der Rehabilitation	271
aa) Versagung des Übergangsgeldes	271
bb) Nichtanfall der Pension	272
cc) Versagen der Pension	273
d) Zumutbarkeit von Rehabilitationsmaßnahmen	274
e) Das Verfahren bei der Leistungsverweigerung	275
aa) Vorheriger Hinweis	275
bb) Ermessen	276
cc) Dauer der Rechtsfolgen	276
IV. Schadensminderung in der Unfallversicherung	277
1. Versagung der Versehrtenrente	277
a) Inhalt von §§ 197 ASVG, 148w BSVG, 99 B-KUVG	277
b) Versagung	278
c) Verfahren	278
2. Mitwirkungspflicht bei Rehabilitation, § 201a S. 1 ASVG	279
V. Schadensminderung im Pflegerecht	280
1. Benutzung von Hilfsmitteln	280
a) Einfache Hilfsmittel nach § 3 Abs. 1 EinstVO	280
b) Andere – nicht einfache – Hilfsmittel nach § 3 Abs. 2 EinstVO	281
c) Finanzielle Zumutbarkeit der Anschaffung von Hilfsmitteln	282
d) Nachträgliche Anschaffung von Hilfsmitteln	283
2. Berücksichtigung bereits zur Verfügung stehender Fremdhilfe	284
3. Zweckgemäße Verwendung des Pflegegeldes	286
a) Kontrollverfahren	287
b) Rechtsfolgen nicht zweckgemäßer Verwendung	288
4. Anwendung der allgemeinen Schadensminderungspflicht	288
VI. Schadensminderung bei der Versorgung von Verbrechensopfern	290
1. Der Ausschluss nach § 8 Abs. 4 VOG	290
2. Die Minderung nach § 8 Abs. 5 VOG	291
3. Voraussetzungen des Ausschlusses und der Minderung	291
a) Verschulden	291
b) Vorheriger Hinweis	292
VII. Schadensminderung in der Heeresversorgung	292
1. Die Versagensgründe nach dem HVG	292
a) Mitwirkung bei Rehabilitation, § 67 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HVG	292
b) Ablehnung einer Erwerbstätigkeit, § 67 Abs. 2 HVG	294
2. Verfahren	294
VIII. Schadensminderung in der Sozialhilfe	295
1. Der Einsatz der Arbeitskraft	296
a) Freistellung von der Arbeitsverpflichtung aus gesundheitlichen Gründen	296

b) Einschränkung der Zumutbarkeit aus gesundheitlichen Gründen	297
2. Unterlassen einer Heilbehandlung als selbst verschuldete Notlage	297
3. Schadensminderung durch Maßnahmen zur Besserung des Gesundheitszustandes	298
a) Mitwirkungs- und Duldungspflicht nach § 8 OÖ SHG	298
b) Anwendung der allgemeinen Schadensminderungspflicht	299
4. Rechtsfolgen der fehlenden Bereitschaft zur Arbeit	299
IX. Zusammenfassung	300
 8. Kapitel: Schadensminderungspflicht im schweizerischen Sozialrecht	 301
I. Übergreifende Regelungen - Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Schadensminderung im Sozialversicherungsrecht	301
1. Zum Wesen und Anwendungsbereich allgemeiner Rechtsgrundsätze	301
2. Das Verhältnis der allgemeinen Rechtsgrundsätze zur Gesetzesregel	302
3. Die Entwicklung in der Sozialversicherung	302
4. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze nach der Einführung des ATSG	304
II. Übergreifende Regelungen - Verpflichtung zur Schadensminderung aus Art. 21 Abs. 4 ATSG	306
1. Der Anwendungsbereich von Art. 21 Abs. 4 ATSG	306
a) Eingrenzung des zeitlichen Anwendungsbereichs und der Leistungsart	306
b) Erfasste Versicherungsfälle	307
aa) Invalidität	307
bb) Arbeitsunfähigkeit	308
cc) Hilflosigkeit	309
2. Das Verhalten der versicherten Person	309
a) Zumutbarkeit des vom Versicherten erwarteten Verhaltens	309
b) Die Zumutbarkeit einer Behandlung	312
c) Die Zumutbarkeit einer Eingliederung	313
aa) Die Zumutbarkeit im Hinblick auf die künftige Tätigkeit	314
bb) Die Zumutbarkeit der Eingliederung selbst	316
d) Das Verhalten der versicherten Person	316
3. Rechtsfolgen	317
a) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	317
aa) Die Teilgehalte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	317
bb) Auswirkungen des Grundrechts auf Hilfe in Notlagen	319
b) Kausalzusammenhang	319
aa) Kausalzusammenhang als Bedingung der Leistungspflicht	320
bb) Anwendung auf die unterlassene Schadensminderung	320
cc) Kausalität und Dauer der Kürzung	321
c) Schwere des Verschuldens	323
aa) Selbstverschulden im Sozialversicherungsrecht	323
bb) Grade des Verschuldens	324

cc) Selbstverschulden bei der Schadensminderung	325
dd) Auswirkungen auf den Umfang der Kürzung	327
4. Verfahren	327
a) Mahnung	328
b) Hinweis auf die Rechtsfolgen und angemessene Bedenkzeit	328
III. Schadensminderung bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit	329
1. Schadensminderung bei der Heilbehandlung	329
2. Berufswechsel, Art. 6 S. 2 ATSG	330
IV. Invalidität	333
1. Vorrang der (Selbst-) Eingliederung, Art. 7 ATSG	334
a) Berufswechsel	335
b) Wohnsitzwechsel	335
c) Neuorganisation und Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit	336
d) Organisation des Aufgabenbereichs	338
2. Einsatz der verbliebenen Erwerbsfähigkeit und Invaliditätsgrad	339
a) Bei Erwerbstätigen	339
b) Bei Nichterwerbstätigen	340
3. Sonderproblem der zumutbaren Willensanspannung bei psychischer Erkrankung, Sucht und Rentenneurose	340
V. Hilflosigkeit	341
1. Die Erwartungen an den Versicherten	341
2. Die Folgen einer Verletzung des Schadensminderungsgrundsatzes	343
VI. Schadensminderung bei der Opferhilfe	343
1. Das Verhältnis der Opferhilfe zu den Ansprüchen nach dem Haftpflicht- und Sozialversicherungsrecht	344
a) Die Schadensdefinition nach der zivilrechtlichen Haftung des Täters	344
b) Der Grundsatz der Subsidiarität	345
2. Schadensminderung	345
3. Die Folgen unterlassener Schadensminderung	346
VII. Schadensminderung bei bedürftigkeitsabhängiger Unterstützung	347
1. Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe	347
a) Ergänzungsleistungen	347
b) Sozialhilfe	348
2. Schadensminderung bei den Ergänzungsleistungen	349
a) Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen bei einer Leistungskürzung oder -entziehung nach Art. 21 Abs. 4 ATSG	349
b) Die Verwertung der verbliebenen Erwerbsfähigkeit bei Teilinvaliden	350
3. Schadensminderung bei der Sozialhilfe	350
VIII. Zusammenfassung	352
 9. Kapitel: Gesamtauswertung	 354
I. Schadensminderungspflicht im Sozialrecht	354
1. Grundstruktur	355

2. Standorte	355
a) Ebene der Leistungsvoraussetzungen	355
b) Leistungsverweigerungsrecht	356
3. Vergleich zur haftpflichtrechtlichen Schadensminderungspflicht	357
4. Verhältnis zwischen haftpflicht- und sozialrechtlicher Schadensminderungspflicht	358
a) Restitutionsgedanken im Haftpflichtrecht	359
b) Der Begriff des Schadens	360
c) Das Verständnis sozialrechtlicher Mitwirkungspflichten in Österreich und der Schweiz	360
aa) Österreich	361
bb) Schweiz	361
c) Zusammenfassung	362
II. Zumutbarkeit als Grenze	363
1. Im Sozialrecht bereits berücksichtigte Kriterien	364
2. Der Maßstab der Erfolgsaussicht	365
a) Der angestrebte Erfolg der Maßnahme	366
b) Im Sozialrecht: Verbesserung von Fähigkeiten	366
c) Keine Globalentlastung	367
3. Abstufung der Zumutbarkeit nach Leistungsgrund	368
4. Kosten-Nutzen-Verhältnis	369
III. Rechtsfolgen	370
1. Schadensminderungspflicht auf der Ebene der Leistungsvoraussetzungen	370
a) Im Sozialrecht	370
b) Vergleich zur haftungsausfüllenden Kausalität im Haftpflichtrecht	371
2. Schadensminderungspflicht als Leistungsverweigerungsrecht	372
a) Kausalität als Grenze der Leistungsverweigerung	372
b) Beginn und Ende der Leistungsverweigerung	373
c) Umfang der Leistungsverweigerung im Ermessen des Leistungsträgers	374
aa) Ermessensentscheidung des Sozialleistungsträgers	374
bb) Vergleich zum Haftpflichtrecht	374
d) Ausnahmen	375
e) Leistungsverweigerungsrecht als Druckmittel	376
3. Notwendigkeit des Verschuldens	376
a) Verschulden im österreichischen und schweizerischen Sozialrecht	377
b) Verschulden im Haftpflichtrecht	378
c) Schlussfolgerungen für das deutsche Sozialrecht	378
IV. Verfahren	380
V. Entstehen der Schadensminderungspflicht im Sozialrecht	381
1. Ergebnisse des Rechtsvergleichs	381
a) Deutschland	381
b) Österreich	381

c) Schweiz	382
2. Das Entstehen der Schadensminderungspflicht im Haftpflichtrecht	383
3. Vergleichende Betrachtung	383
a) Funktion der Schadensminderung	384
b) Schutzfunktion des Sozialrechts	384
c) Ergebnis	386
VI. Das Verhältnis der Leistungsansprüche zueinander bei Verletzung der Schadensminderungspflicht	386
1. Das Verhältnis zwischen Schadensersatz und Sozialleistungen	387
2. Das Verhältnis zwischen den einzelnen Sozialleistungen	388
VII. Die Rolle des Leistungspflichtigen bei der Schadensminderung	389
1. Im Haftpflichtrecht	389
2. Im Sozialrecht	390
VIII. Schadensminderung in ausgewählten Zweigen des Sozialrechts	391
1. Schadensminderung in der Krankenversicherung	392
a) Schadensminderung bei der Heilbehandlung	392
b) Verkürzung der Dauer der Arbeitsunfähigkeit	394
aa) Berufsschutz als Element der Arbeitsunfähigkeit	394
bb) Stufenweise Wiedereingliederung	395
2. Schadensminderung in der Rentenversicherung	396
a) Prognoseentscheidungen	396
b) Verschlossener Teilzeitarbeitsmarkt	397
3. Schadensminderung bei Pflegeleistungen	399
IX. Zusammenfassung und rechtspolitischer Ausblick	400
1. Zusammenfassung	400
2. Ergebnis des Vergleichs der haftpflichtrechtlichen und sozialrechtlichen Strukturen der Schadensminderungspflicht	400
a) Zumutbarkeit	401
b) Verschulden	402
c) Rechtsfolgen	402
3. Weiterentwicklung im deutschen Sozialrecht	403
a) Arbeitsmarkttrenten	404
b) Arbeitsunfähigkeit	404
c) Verwendung des Pflegegeldes	406
d) Fallmanagement	406
Literaturverzeichnis	409